



Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik

Generaldirektor LeMaitre (Regionalpolitik) fordert eine breite Allianz und bessere Kommunikation auf dem Gebiet der EU-Strukturförderung; Europäisches Parlament bereitet Bericht vor

Im Jahr 2017 werden die entscheidenden Weichen für die Kohäsionspolitik nach 2020 gestellt. Informell ist aus der Generaldirektion Regionalpolitik zu vernehmen, dass die Diskussion in der Kommission über diese Politik noch nie so vielfältig und so offen war wie heute. Der Generaldirektor für Regionalpolitik, Marc LeMaitre, bekräftigte am 24.01.2017 im Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments die Bedeutung der Kohäsionspolitik für Gesellschaft und Wirtschaft in der EU. Allerdings würde der europäischen Politik der Wind in Gesicht blasen, so dass es mehr denn je nötig sei, die Bürger über einzelne EU-Förderprojekte in den Regionen in Kenntnis zu setzen, um so den praktischen Nutzen der EU zu zeigen. LeMaitre warb im Parlament für eine breite Allianz für die Kohäsionspolitik.

Der Generaldirektor informierte zu Beginn der Aussprache über die Umsetzung der laufenden Förderprogramme. Er räumte ein, dass der Programmstart in vielen Mitgliedstaaten etwas zögerlich verlaufen sei. Er führte dies u.a. auf die erforderlichen strukturellen Reformen (Ex-ante-Konditionalität), vor allem im Verwaltungsbereich, zurück. Auch seien Anpassungsprozesse durch die gestiegenen Anforderungen an die Zielsetzung und die Qualität der Projekte eingeleitet worden. LeMaitre bekräftigte das Ziel der Kommission, Änderungen am Regelwerk zur Verwaltungsvereinfachung vorzunehmen. Dazu soll die derzeit in Rat und Parlament diskutierte sogenannte Omnibus-Verordnung beitragen, welche Ausschussmitglieder als sehr kompliziert kritisierten.

LeMaitre ging im Ausschuss auch auf das viel diskutierte Verhältnis zwischen den Struktur- und Investitionsfonds und dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) ein. Über den EFSI werden einzelne Investitionsvorhaben finanziert, so LeMaitre, die Kohäsionspolitik mit den Strukturfonds sei eine strategische, auf langfristige Entwicklung angelegte Politik. Kohäsionspolitik und EFSI seien zwei verschiedene Instrumente und die

Kommission habe nicht vor, Mittel der Kohäsionspolitik in den EFSI zu transferieren. Allerdings würde den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt, Strukturfondsmittel mit EFSI-Finanzierung zu kombinieren.

Als Beratungs- und Diskussionsgrundlage für das Kohäsionsforum, das am 26./27.06.2017 (noch nicht offiziell bekannt gegeben) in Brüssel stattfinden soll, will die Kommission nach Aussage von LeMaitre im März einen Bericht zum Thema Ex-ante-Konditionalität vorlegen. Erste Bewertungen hätten positive Ergebnisse auf dem Gebiet der Struktur- und Verwaltungsreformen gezeigt. Die Kommission will ebenfalls im März eine Mitteilung über Regionen mit Entwicklungsrückstand („lagging regions“) veröffentlichen. Dabei werde u.a. die Frage gestellt, warum manche Regionen nach jahrzehntelanger Förderung keine oder kaum Entwicklungsfortschritte gemacht hätten und was künftig zu tun sei, um dies zu ändern. Für den Mai kündigte der Generaldirektor eine Mitteilung über die Strategie der intelligenten Spezialisierung an. Im Kohäsionsbericht im Herbst will die Kommission ihre Vorstellungen und Planungen für eine Kohäsionspolitik nach 2020 darlegen.

Bis zum Kohäsionsforum im Juni beabsichtigt das Europäische Parlament, einen Initiativbericht über die Zukunft der Kohäsionspolitik anzunehmen. Berichterstatterin ist die bayerische Europaabgeordnete Kerstin Westphal (S&D). In ihrer Vertretung stellte am 24.01.2017 die Abgeordnete Constanze Krehl (S&D) im Ausschuss für regionale Entwicklung die Schwerpunkte des Berichts vor:

- Politische und strategische Ausrichtung der künftigen Kohäsionspolitik auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon; Fokus auf die Verringerung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede der europäischen Regionen;
- Vereinfachung; bessere Verknüpfung der Investitions- und Strukturfonds mit anderen

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



- Instrumenten und Programmen der EU (z.B. Forschung, EFSI);
- Verbindung der Kohäsionspolitik mit Strukturreformen in den Mitgliedstaaten (makro-ökonomische Konditionalität) mit der Frage nach der Umsetzbarkeit und Sinnhaftigkeit.

Die Aussprachen im Ausschuss für regionale Entwicklung haben bisher eine große Übereinstimmung unter den größeren Fraktionen zur künftigen Kohäsionspolitik gezeigt. Eine Förderung für alle Regionen, unabhängig von ihrer Wirtschaftskraft, wird grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Die EU soll nicht gespalten werden in Regionen, die Strukturfondsmittel erhalten und jene, die außen vor bleiben. Weitgehend einig sind sich die Abgeordneten auch über die Notwendigkeit einer Vereinfachung bei der Umsetzung der Förderprogramme. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Arbeiten an dem angekündigten Initiativbericht die unterschiedlichen Auffassungen der Abgeordneten aus den verschiedenen Mitgliedstaaten und Regionen bzw. Fraktionen in den kommenden Wochen und Monaten offenkundig werden lassen.

Weiterführende Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20170124-0900-COMMITTEE-REGI>

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20170124-1500-COMMITTEE-REGI>

Verfahrensstand:

März 2017: Mitteilungen der Kommission zu Ex-ante-Konditionalität sowie zu Regionen mit Entwicklungsrückstand;

02.03.2017 Beratung der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen (AdR) im zuständigen Ausschuss COTER

11.05.2017 voraussichtliche Annahme der Stellungnahme im AdR-Plenum

Mai 2017: Mitteilung der Kommission zur Strategie der intelligenten Spezialisierung

Juni 2017: Bericht des Europäischen Parlaments zur Zukunft der Kohäsionspolitik

26./27.06.2017: Kohäsionsforum (Datum noch nicht offiziell bekannt gegeben)

Herbst 2017: Kohäsionsbericht der Kommission mit Überlegungen/Planungen für eine künftige Kohäsionspolitik

Ende 2017: Vorschlag der Kommission über den Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020

Frühjahr 2018: Vorschläge der Kommission über die Kohäsionspolitik nach 2020